 Teil A: Satzungen und Ordnungen der Universität
 Teil B: Prüfungsordnungen, Studienordnungen und anderes
 Teil C: Erlasse und Verfügungen

Das amtliche Mitteilungsblatt erscheint in unregelmäßigen Abständen

INHALT

Teil B  Änderung der Vorläufigen Promotionsordnung der Universität Osnabrück für die Verleihung des Grades Doktor der Naturwissenschaften (Dr. rer. nat.) (FB 4-6 Osnabrück, FB 3 Abteilung Vechta)
Vorläufige Promotionsordnung der Universität Osnabrück für die Verleihung des Grades Doktor der Philosophie (Dr. phil.) im Fachbereich 6 Mathematik/Philosophie
Vorläufige Promotionsordnung der Universität Osnabrück für die Verleihung des Grades Doktor der Philosophie im Fachbereich 7: Kommunikation/Aesthetik, Standort Osnabrück und im Fachbereich 2: Kommunikation und Aesthetik, Abteilung Vechta

Teil C  Durchführung berufspraktischer Ausbildungsvorhaben
Erlasse zur Lehrerausbildung
- Zuschüsse zu Erkundungen
- "440-Stunden-Erlaß"
- Mitwirkende Lehrer
- Stopp der einphasischen Lehrerausbildung
- Weiterführung der Lehrerausbildung:
  Abwicklungen der einphasischen - Grundlagen der neuen zweiphasischen Lehrerausbildung
Korrektur
ÄNDERUNG DER PROMOTIONSORDNUNG DR. RER. NAT.

Der Senat der Universität hat nachstehende Änderung gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 6 Organisationsgesetz am 30.6., 4.8. und 22.9.76 beschlossen;
der MNK hat sie gemäß § 6 Abs. 2 Satz 1 Organisationsgesetz am 25.10. 76 (1062 - B III 46 i - 1) genehmigt.

Sie ist veröffentlich im Nds. MBl. 1976, S. 2042.

Änderung
der Vorläufigen Promotionsordnung der Universität Osnabrück
die Verleihung des Grades Doktor der Naturwissenschaften
(Dr. rer. nat.)

1. § 1 erhält folgende Fassung:
   „§ 1
   Verleihung des Doktorgrades
   Die Fachbereiche 4: Naturwissenschaften: Festkörper
   und Festkörpertecnologie, 5: Naturwissenschaften/Mathematik: Dynamische Systeme und 6: Mathematik/Philosophie: Struktur und Quantifizierung der Universität
   Osnabrück, Standort Osnabrück, verleihen den Grad eines Doktors der Naturwissenschaften (Dr. rer. nat.).
   Der Fachbereich 3: Naturwissenschaften/Mathematik der
   Universität Osnabrück, Standort Vechta, verleiht im
   Fachgebiet Mathematik den Grad eines Doktors der
   Naturwissenschaften (Dr. rer. nat.).“

2. § 2 Abs. 2 Buchst. a Unterabs. 1 erhält folgende Fassung:
   „a) eine in der Regel in deutscher Sprache abgefaβte
   wissenschaftliche Abhandlung (Dissertation), und
   zwar in druckfertigem Zustand, welche die Befähigung
der Bewerber zum selbständigen wissenschaftlichen
   Arbeiten nachweist. Der Gegenstand der Abhandlung
   muß einem Fachgebiet angehören, das in einem der in § 1 genannten Fachbereiche der
   Universität Osnabrück, Standort Osnabrück, vertreten
   ist. Bei einem Gesuch an den Fachbereich 3 der
   Universität Osnabrück, Standort Vechta, muß die
   Abhandlung dem Fachgebiet Mathematik angehören.“

3. In § 3 Abs. 4 Satz 1 wird das Wort „drei“ durch das
   Wort „vier“ ersetzt.

4. § 4 Abs. 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:
   „Zu dieser sind die Referenten sowie sämtliche Hochschullehrer der in § 1 genannten Fachbereiche einzuladen.“

Die Promotionsordnung ist im Nds. MBl. 1976, S. 1118, und im Amtlichen Mitteilungsblatt der Universität Osnabrück Nr. 2/76 veröffentlich.
Der Senat der Universität hat nachstehende Ordnung gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 6 Organisationsgesetz am 4.8.76 und am 24.11.76 (SB 22/9) beschlossen, der MWK hat sie gemäß § 6 Abs. 2 Satz 1 Organisationsgesetz am 20.10.76 und 30.12.76 (1062 - BIII 461 - 2) in der nachstehenden Fassung genehmigt.


Vorläufige Promotionsordnung der Universität Osnabrück für die Verleihung des Grades Doktor der Philosophie (Dr. phil.) im Fachbereich 6: Mathematik/Philosophie

§ 1 Verleihung des Doktortitels

Der Fachbereich 6: Mathematik/Philosophie der Universität Osnabrück, Standort Osnabrück, verleiht den Grad eines Doktors der Philosophie (Dr. phil.).

§ 2 Promotionsgesuch

(1) Das Gesuch um Verleihung des Doktortitels ist schriftlich über den Rektor der Universität an den Fachbereichsvorsitzenden des Fachbereichs 6 zu richten.

(2) Dem Gesuch sind beizufügen:

a) eine in der Regel in deutscher Sprache abgefaßte wissenschaftliche Abhandlung (Dissertation), und zwar in druckfertigem Zustand, welche die Befähigung des Bewerbers zum selbstständigen wissenschaftlichen Arbeiten nachweist. Auf vorherigen Antrag wird auch eine Abhandlung in einer Fremdsprache zugelassen, wenn sichergestellt ist, daß die Berichterstatter die Abhandlung in der Fremdsprache beurteilen können. Der Gegenstand der Abhandlung muß einem der philosophisch orientierten Fachgebiete angehören, die im Fachbereich 6 der Universität Osnabrück vertreten sind. Der Abhandlung muß die eidesstattliche Erklärung beigefügt sein, daß der Bewerber die Arbeit selbständig ohne unterlassene Hilfe verfaßt und die benutzten Hilfsmittel vollständig angegeben hat.


Die wissenschaftliche Abhandlung ist in mindestens drei gleichlautenden Stücken einzureichen, von denen eines im dauernden Besitz des Fachbereiches verbleibt;

b) eine Bescheinigung eines Hochschullehrers des betreffenden Fachbereiches, daß er die Arbeit betreut hat;

c) ein Abriff des Lebens- und Bildungsganges des Bewerbers;

d) das Reifezeugnis einer deutschen höheren Schule oder ein durch Rechtsvorschrift oder vom zuständigen Ministerium gleichwertig anerkanntes Zeugnis;

e) das Diplomprüfungzeugnis oder die Magisterurkunde einer wissenschaftlichen Hochschule oder das Zeugnis über die erste Staatsprüfung für das höhere Lehramt, in Ausnahmefällen statt dessen der Nachweis eines ordnungsgemäßen Studiums von 8 Semestern. Im letzten Fall ist die Genehmigung des Fachbereichs erforderlich;

f) der Nachweis eines vertieften Studiums von mindestens zwei Semestern an der Universität Osnabrück nach Erfüllung der Voraussetzungen zu Buchst. e) oder einer mindestens zweisemestrigen Tätigkeit als wissenschaftlicher Assistent an der Universität Osnabrück. In Ausnahmefällen kann der zuständige Fachbereichsvorsitzende von diesem Nachweis ganz oder teilweise befreien;

g) eine eidesstattliche Erklärung über etwaige frühere Promotionsversuche;

h) ein amtliches Führungszeugnis.

§ 3 Prüfung der vorgelegten wissenschaftlichen Abhandlung

(1) Der Fachbereichsrat beschließt über die Einleitung des Promotionsverfahrens. Für die Prüfung der vorgelegten wissenschaftlichen Abhandlung auf ihre Eignung als Dissertation ernennt der Fachbereichsrat zwei oder mehr Hochschullehrer als Berichterstatter. Der Hauptberichterstatter (Referent) muß Hochschullehrer an der Universität Osnabrück sein. Die nicht der Universität Osnabrück angehörenden Mithilfsberichterstatter (Korreferenten) haben im Promotionsverfahren dieselben Rechte wie wenn sie Mitglieder der Universität Osnabrück wären.

(2) Arbeiten, die außerhalb der Hochschule angefertigt wurden, können nur dann als Dissertation anerkannt werden, wenn ein Hochschullehrer der Universität Osnabrück die Durchführung der Arbeiten betreut hat.

(3) Die Berichterstatter (Referenten) erstatten schriftliche Referate und beantragen entweder die Annahme oder die Ablehnung der Arbeit. Im ersteren Fall schlagen sie zugleich das Prädikat der Arbeit vor. Als Noten gelten: ausgezeichnet, sehr gut, gut, genügend.


§ 4 Mündliche Prüfung


(2) Die mündliche Prüfung, die mit jedem Bewerber einzeln vorzunehmen ist, wird vom Fachbereichsvorsitzenden oder dessen Vertreter geleitet. Sie muß im Anschluß an ein Referat über die Dissertation mindestens eine Stunde dauern und erstreckt sich, ausgehend vom Gegenstand der Dissertation, über das betreffende Fachgebiet. In dem Ausnahmefall § 2 Abs. 2 Buchst. e), daß ein Diplomzeugnis oder eine Magisterurkunde oder das Zeugnis über die erste Staatsprüfung nicht vorgelegt wurde, wird auf das Referat verzichtet und außer im Hauptfach auch in zwei Neben
fächern geprüft. Die Prüfung dauert in diesem Fall eine Stunde im Hauptfach und je eine halbe Stunde in den Nebenfächern. Alle drei Fächer müssen an der Universität Osnabrück als Lehrgebiete vertreten sein. Der Bewerber hat im Promotionsgesuch anzugeben, in welchen Fächern er geprüft zu werden wünscht; über die Zulassigkeit der gewählten Zusammenstellung und die Bestellung der Prüfer in den Nebenfächern (Beisitzer) entscheidet der Fachbereichsrat.

(3) Nach beendeter Prüfung entscheiden der Fachbereichsvorsitzende und die Referenten, in dem Ausnahmefall des § 2 Abs. 2 Bachst. e nach Anhörung der Beisitzer, ob und mit welchem Ergebnis (Noten nach § 3) die mündliche Prüfung bestanden ist. Ist sie bestanden, so wird unter Berücksichtigung der Urteile über die Dissertation und der Note der mündlichen Prüfung darüber entschieden, mit welchem Gesamtnote die Prüfung bestanden ist.

Es können die Prädikate mit Auszeichnung bestanden, sehr gut bestanden, gut bestanden, bestanden festgesetzt werden. Das Ergebnis der Prüfung wird dem Bewerber durch den Fachbereichsvorsitzenden mitgeteilt.

(4) Ist die Prüfung nicht bestanden, so kann sie innerhalb eines vom Fachbereichsvorsitzenden festzusetzenden Zeitraums wiederholt werden. Die Wiederholung ist nur einmal zulässig.

§ 5 Druck der Dissertation


(3) Für den endgültigen Druck ist eine Druckerlaubnis erforderlich, die der Fachbereichsvorsitzende auf Antrag des Kandidaten bei Vorliegen einer Befürwortung durch den Hauptberichterstatter erteilt.

(4) Mit Genehmigung des Fachbereichsrates und des Referenten kann die Dissertation in gekürzter Fassung gedruckt und abgeliefert werden.

§ 6 Promotionsurkunde


§ 7 Nichtbestehen der Prüfung

(1) Die Prüfung gilt als nicht bestanden, wenn die eingereichte wissenschaftliche Abhandlung nicht als Dissertation anerkannt wurde oder die mündliche Prüfung nicht genügte. Das Nichtbestehen ist sämtlichen deutschen wissenschaftlichen Hochschulen vertraulich mitzuteilen. Diese Mitteilung erfolgt bei nicht bestandener mündlicher Prüfung erst, wenn auch die Wiederholung ungenügend war oder die Frist zur Wiederholung verstrichen ist.

(2) Eine abermalige Bewerbung ist nur einmal und nicht vor Ablauf eines Jahres zulässig. Dies gilt auch dann, wenn die erste erfolglose Bewerbung an einer anderen Hoch-
Promotionsordnung
Fb 7 in Osnabrück und
Fb 2 in Vechta

Der Senat der Universität hat nach-
stehende Ordnung gemäß § 6 Abs. 1
Nr. 6 Organisationsgesetz am 30.6.
und 24.11.1976 (SB 22/9) beschlos-
sen, der MWK hat sie gemäß § 6
Abs. 2 Satz 1 Organisationsgesetzes
am 21.12.1976 (1062-B III 46 i - 3)
in der nachstehenden Fassung ge-
nehmigt.

Sie ist veröffentlicht im Nds.

Vorläufige Promotionsordnung der Universität Osnabrück für die
Verleihung des Grades Doktor der Philosophie (Dr. phil.) im
Fachbereich 7: Kommunikation/Ästhetik, Standort Osnabrück, und
im Fachbereich 2: Kommunikation und Ästhetik, Abteilung Vechta

§ 1
Verleihung des Doktorgrades

Der Fachbereich 7: Kommunikation/Ästhetik der Univer-
sität Osnabrück, Standort Osnabrück, verleiht den Grad eines
Doktors der Philosophie (Dr. phil.). Der Fachbereich 2: 
Kommunikation und Ästhetik der Universität Osnabrück,
Abteilung Vechta, verleiht den Grad eines Doktors der 
Philosophie (Dr. phil.) in den Fachgebieten Deutsch und
Englisch.

§ 2
Promotionsgesuch

(1) Das Gesuch um Verleihung des Doktorgrades ist
schriftlich über den Rektor der Universität an den Fachbe-
reichsvorsitzenden des zuständigen Fachbereichs zu richten.

(2) Dem Gesuch sind beizufügen:
a) eine in der Regel in deutscher Sprache abgefasste wissen-
schaftliche Abhandlung (Dissertation), und zwar in druck-
fertigem Zustand, welche die Beliebigkeit des Bewerbers
zum selbstständigen wissenschaftlichen Arbeiten nach-
weist. Auf vorherigen Antrag wird auch eine Abhand-
lung in einer Fremdsprache zugelassen, wenn sicherge-
stellt ist, daß die Berichterstatter die Abhandlung in der
Fremdsprache beurteilen können. Der Gegenstand der
Abhandlung muß einem Fachgebiet des Fachbereiches 7
in Osnabrück bzw. bei einem Gesuch an den Fachbe-
reich 2 in Vechta den Fachgebieten Deutsch und Englisch
angehören. Der Abhandlung muß die eidesstattliche Er-
klärung beigefügt sein, daß der Bewerber die Arbeit
selbständig ohne unerlaubte Hilfe verfahrt und die be-
nutzten Hilfsmittel vollständig angegeben hat.

Die Abhandlung soll nicht vorher schon veröffentlicht
und auch nicht als Masterarbeit oder ähnliche Prü-
fungsarbeit verwendet worden sein. Über Ausnahmen
entscheidet der betreffende Fachbereich, an den das
Gesuch gerichtet wurde. Dies gilt insbesondere, wenn im
Einvernehmen mit dem Referenten Teilergebnisse ver-
öffentlicht wurden.

Die wissenschaftliche Abhandlung ist in mindestens drei
gleichlautenden Stücken einzureichen, von denen eines
im dauernden Besitz des betreffenden Fachbereiches
verbleibt;
b) eine Beschreibung eines Hochschullehrers des betreffen-
den Fachbereichs, daß er die Arbeit betreut hat;
c) ein Abriß des Lebens- und Bildungsganges des Bewer-
ers;
d) das Reifezeugnis einer deutschen höheren Schule oder ein
vom Niedersächsischen Kultusministerium als gleich-
wertig anerkanntes Zeugnis;
e) die Magisterkunde einer wissenschaftlichen Hochschule
oder das Zeugnis über die erste Staatsprüfung für das
höhere Lehramt in den entsprechenden Fächern, in Aus-
nahmefällen stattdessen der Nachweis eines ordnung-
smäßigen Studiums von 8 Semestern. Im letzteneren Fall ist
die Genehmigung des betreffenden Fachbereichs erfor-
berlich;
f) der Nachweis eines vertiefenden Studiums von minde-
stens zwei Semestern an der Universität Osnabrück nach
Erfüllung der Voraussetzungen zu Buchst. e oder einer
mindestens zwei semestrigem Tätigkeit als Wissenschaft-
lieferender Assistent an der Universität Osnabrück. In Aus-
nahmefällen kann der zuständige Fachbereichsvor-
sitzende von diesem Nachweis ganz oder teilweise be-
treten;
g) eine eidesstattliche Erklärung über etwaige frühere Prom-
otionsversuche;
h) ein amtliches Führungszeugnis.

§ 3
Prüfung der vorgelegten wissenschaftlichen Abhandlung

(1) Der zuständige Fachbereichsrat beschließt über die
Einleitung des Promotionsverfahrens. Für die Prüfung
der vorgelegten wissenschaftlichen Abhandlung auf ihre Eign-
ung als Dissertation ermittet der Fachbereichsrat zwei oder
mehrere Hochschullehrer als Berichterstatter (Referenten),
(2) Arbeiten, die außerhalb der Hochschule angefertigt
wurden, können nur dann als Dissertation anerkannt wer-
den, wenn ein Hochschullehrer der Universität Osnabrück
die Durchführung der Arbeiten betreut hat.

(3) Die Berichterstatter (Referenten) erstatten schriftlie-
hch Referate und beantragen entweder die Annahme oder die
Ablehnung der Arbeit. Im ersteren Falle schlagen sie zu-
gleich das Prädikat der Arbeit vor. Als Noten gelten:
ausgezeichnet, sehr gut, gut, genügend.

(4) Die Referate werden den Mitgliedern des betreffenden
Fachbereichsrates in Abschrift zugestellt. Jedes Fachbe-
reichsvorsitzende hat das Recht, die Arbeit einzusehen
und gegen die vorgeschlagene Beurteilung der Arbeit innerhalb
von 10 Tagen Einspruch auszusprechen, der der Dekan
von weiteren 14 Tagen schriftlich zu begründen ist. Wenn die
Berichterstatter die Annahme der Arbeit beantragt haben
und kein Einspruch angemeldet ist, gilt die Arbeit als an-
genommen; sonst entscheidet der betreffende Fachbereichs-
rat in einer Sitzung über Annahme oder Ablehnung der
Arbeit; er kann weitere Berichterstatter zuziehen. Auf die
Vorschriften des Satzes 2 und Satzes 3, 2. Halbsatz, findet
§ 2 Abs. 5 Satz 3 des Vorsatzgeweises für ein Nieders-
ächsisches Gesamthochschulgesetzes i. D. F. vom 12. 11. 1973
(Nds. GVBl. S. 429), geändert durch § 25 des Gesetzes über
die Organisation der Universitäten Oldenburg und Osnab-

(5) Ist die Arbeit abgelehnt worden, so ist das Promoti-
onsverfahren beendet. Dem Bewerber ist dieses Ergebnis
nach den zuständigen Fachbereichsvorsitzenden mitzu-
teilen. Eine Ausfüllung der zurückgewiesenen Arbeit ist
mit sämtlichen Berichten und Gutachten zu den Akten des
betreffenden Fachbereiches zu nehmen.

§ 4
Mündliche Prüfung

(1) Ist die schriftliche Arbeit als Dissertation angenom-
men, so hat der zuständige Fachbereichsvorsitzende alsbald
eine mündliche Prüfung anzusetzen. Zu dieser sind die
Referenten sowie sämtliche Hochschullehrer des betreffen-
der Fachbereichs der Universität Osnabrück einzuladen. Au-
ßerdem hat jeder Hochschullehrer einer deutschen wis-
senschaftlichen Hochschule Zutritt zur Prüfung.

(2) Die mündliche Prüfung, die mit jedem Bewerber
einzeln vonstatten geht, wird vom zuständigen Fachbe-
reichsvorsitzenden oder dessen Vertreter geleitet. Sie muß
im Anschluß an ein Referat über die Dissertation minde-
s die zuständige Fachbereichsvorsitzende und die Referenten, in dem Ausnahmefall § 2 Abs. 2 Buchst. e), daß eine Magisterurkunde oder das Zeugnis über die erste Staatsprüfung nicht vorgelegt wurde, wird auf das Referat verzichtet und außer im Hauptfach auch in zwei Nebenfächern geprüft. Die Prüfung dauert in diesem Fall eine Stunde im Hauptfach und je ½ Stunde in den Nebenfächern. Alle drei Fächer müssen an der Universität Osnabrück als Lehrgebiete vertreten sein. Der Bewerber hat im Promotionsgesuch anzugeben, in welchen Fächern er geprüft zu werden wünscht; über die Zulässigkeit der gewählten Zusammensetzung und die Bestellung der Prüfer in den Nebenfächern (Beisitzer) entscheidet der zuständige Fachbereichsrat.


(4) Ist die Prüfung nicht bestanden, so kann sie innerhalb von zwei Buchbereichsvorsitzenden festzusetzenden Frist wiederholt werden. Die Wiederholung ist nur einmal zulässig.

§ 5 Druck der Dissertation


(3) Für den endgültigen Druck ist eine Druckerlaubnis erforderlich, die der zuständige Fachbereichsvorsitzende auf Antrag des Kandidaten bei Vorliegen einer Beförderung durch den Hauptberichterstatter erteilt.

(4) Mit Genehmigung des zuständigen Fachbereichsrates und des Referenten kann die Dissertation in gekürzter Fassung gedruckt und abgeliefert werden.

§ 6 Promotionsurkunde

TEIL C

DURCHFÜHRUNG BERUFSPRÁKTISCHER AUSBILDUNGSVORHABEN

Der Regierungspräsident in Osnabrück teilte am 8.8.75 folgende Regelung mit (4-50265):

Vorläufige Verfahrensregelung

für die Durchführung berufspraktischer Ausbildungs vorhaben im Rahmen der einphasigen Lehrerausbildung an der Universität Osnabrück

1.

An der Universität Osnabrück begann im SS 74 die Erprobung eines neuen Modells zur Lehrerausbildung.


Die berufspraktische Ausbildung im Bereich der Schule erhält darum eine besondere Bedeutung.

Im Einvernehmen mit dem Niedersächsischen Kultusminister wurden für diese Aufgabe Kontaktlehrer aus dem Verwaltungsbezirk Oldenburg und aus dem Regierungsbezirk Osnabrück teilweise vom Unterricht freigestellt.

Die Schulen, insbesondere diejenigen, an denen Kontaktlehrer tätig sind, wirken mit. Dabei wird erwartet, daß sich über den Kreis der Kontaktlehrer hinaus auch weitere interessierte Lehrer dieser und anderer Schulen für die Aufgaben der berufspraktischen Ausbildung zur Verfügung stellen.

2.

Ein wesentlicher Teil der universitären Ausbildung findet damit im Bereich der Schule statt.


3.

Zwischen der Universität Osnabrück und dem Präsidenten des Nds. Verw.-Bezirks - Schulabteilung - und dem Regierungspräsidenten in Osnabrück - Schulabteilung - besteht Einvernehmen über folgende Regelung:

3.1 Die Universität (Gemeinsame Kommission für Lehrerausbildung in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für pädagogische Berufspraxis) informiert jeweils 4 Wochen vor Beginn eines Semesters
- die Schulabteilungen bei den Bezirksregierungen
- die zuständigen Schulräte
- die betroffenen Schulen und
- die Kontaktlehrer

über die Rahmenplanung für die berufspraktische Ausbildung eines Semesters einschließlich der veranstaltungsfreien Zeit.

Diese Informationen beziehen sich insbesondere darauf,
- welche Projekte und andere praxisbezogene Veranstaltungen im Veranstaltungskatalog der Universität für das Semester ausgewiesen sind (Übersicht);
- welche Zeiträume schwerpunktmäßig für Erkundungen und für Unterrichtsvorhaben vorgesehen sind;
- wieviel Studierende gem. den Studienordnungen berufspraktische Vorhaben zu absolvieren haben.
3.2 Die Universität leitet den unter 3.1 genannten Adressaten mindestens 4 Wochen vor Beginn der Vorhaben eine Kurzbeschreibung zu mit folgenden Angaben:
- Einzelvorhaben
- verantwortliche Leiter
- Art und Schwerpunkte des Erkundungs- bzw. Unterrichtsvorhabens
- Zeitraum und Dauer
- zuständige Kontaktlehrer/Lehrer
- voraussichtliche Teilnehmerzahl.

3.3 Sollten im Rahmen der Vorhaben besondere schulorganisatorische Maßnahmen erforderlich sein, so sind die Schulleiter in die Planungen einzubeziehen, damit die entsprechenden Maßnahmen getroffen werden können.

3.4 Falls die Schulabteilungen den vorgesehenen Maßnahmen zu 3.2 und 3.3 nicht binnen 2 Wochen widersprechen, gilt das Einverständnis als erteilt.

4.

4.1 Studentengruppen sind vor Beginn der schulpraktischen Vorhaben über die schulrechtlichen Vorschriften zu belehren und über die Situation der einzelnen Schulen zu informieren.

4.2 Erkundungs- und Unterrichtsvorhaben finden im Bereich der Schule unter der Verantwortung der Kontaktlehrer und der Lehrer, die sich zur Mitarbeit bereit erklärt haben, statt.

4.3 Sollten sich bei der Durchführung einzelner Vorhaben Schwierigkeiten ergeben, die sich durch Gespräche an der Schule nicht lösen lassen, setzen sich die Kontaktlehrer und die Leiter des Vorhabens bzw. des Projektes umgehend im Bereich des Schulamtes Osnabrück mit dessen Leiter und im übrigen im Bereich der Grund-, Haupt-, Sonder- und Realschulen mit dem zuständigen Schulrat, im Bereich der Gymnasien und der berufsbildenden Schulen mit den zuständigen schulfachlichen Dezernenten bei den Bezirksregierungen in Verbindung.
ZUSCHÜSSE ZU ERKUNDUNGEN

Das MWK gab am 30.6.76 bzw. am 19.8.76 (107-1545/76) bekannt:

"Hinsichtlich der Zuschüsse zu den Erkundungen und Unterrichtsvorhaben wird ab 01.05.1976 folgende Regelung getroffen:

Studenten, die im Rahmen der einphasigen Lehrerausbildung Erkundungen ableisten, erhalten, sofern die Erkundungsvorhaben nicht am Wohn- oder Studienort durchgeführt werden, zu den aus diesem Anlaß entstehenden Mehraufwendungen einen Zuschuß oder Auslagenersatz. Es werden gewährt.

1. für Erkundungen

1.1 bei auswärtiger Unterbringung

für eine 4-wöchige Erkundung in Schulen = 80,-- DM
für eine 4-wöchige außerschulische Erkundung = 80,-- DM

für 4 Koordinationssitzungen an der Hochschule Ersatz der notwendigen Fahrtkosten für die Benutzung eines regelmäßig verkehrenden Beförderungsmittels in der niedrigsten Wagenklasse;

1.2 bei zumutbarer täglicher Rückkehr zum Wohn- oder Studienort

Ersatz der notwendigen Fahrtkosten für die Benutzung eines regelmäßig verkehrenden Beförderungsmittels bis zu den unter 1.1 genannten Beträgen;

1.3 für punktuelle Erkundungen

für bis zu zwei 3-tägigen Erkundungen

Ersatz der notwendigen Fahrtkosten für die Benutzung eines regelmäßig verkehrenden Beförderungsmittels in der niedrigsten Wagenklasse.

Ist ein Übernachtungsgeld unabweisbar, so wird Ersatz für Übernachtungskosten in Höhe von 23,-- DM geleistet.

Der Auslagenersatz wird nur bis zu dem unter 1.1 genannten Betrag gewährt.

2. für Unterrichtsvorhaben

2.1 bei auswärtiger Unterbringung

für zwei 6-wöchige Unterrichtsvorhaben je 120,-- DM
für 6 Koordinationssitzungen an der Hochschule Ersatz der notwendigen Fahrtkosten für die Benutzung eines regelmäßig verkehrenden Beförderungsmittels in der niedrigsten Wagenklasse;

2.2 bei zumutbarer täglicher Rückkehr zum Wohn- oder Studienort

Ersatz der notwendigen Fahrtkosten für die Benutzung eines regelmäßig verkehrenden Beförderungsmittels bis zu den unter 2.1 genannten Beträgen;

2.3 für ein stufenbezogenes Unterrichtsvorhaben

(ca. 20 Wochen),
für 10 Koordinationssitzungen

Ersatz der notwendigen Fahrtkosten für die Benutzung eines regelmäßig verkehrenden Beförderungsmittels in der niedrigsten Wagenklasse.

Wenn die jeweilige Schule oder die außerschulische Einrichtung mit regelmäßig verkehrenden Beförderungsmitteln nach Ortstarif des Hochschulortes zu erreichen ist, werden Zuschüsse nicht gewährt und Fahrtkosten nicht erstattet. Zuschüsse werden ebenfalls nicht gewährt, wenn Erkundungen oder Unterrichtsvorhaben am Wohnort des Studenten durchgeführt werden.

Soweit in den Fällen der Ziffern 1.2, 1.3 sowie 2.2 und 2.3 der Ort mit regelmäßig verkehrenden Beförderungsmitteln nicht oder nicht rechtzeitig erreicht werden kann und für die Fahrten ein eigenes Fahrzeug benutzt wird, wird Fahrtkostenerstattung nach der Straßenmäßigen Entfernung zwischen Wohn-bzw. Studienort und Ort, an dem die Erkundung bzw. das Unterrichtsvorhaben stattfindet, unter Zugrundelegung des BundesbahnTarifs 2. Klasse (Rückfahrtkarte) gewährt.
Auf den Zuschuß oder Auslagenersatz sind Leistungen, die für diesen Zweck aufgrund des Bundesausbildungsförderungs- gesetzes vom 26.08.1971 (BGBl. I S. 1409) zustehen, anzurechnen.

Um die durch die Gewährung der Zuschüsse anfallenden Kosten in vertretbarem Ausmaß zu halten, ist darauf Bedacht zu nehmen, daß die Studenten die Erkundungen bzw. Unterrichtsvorhaben - sofern das von der Ausbildung her vertretbar ist - grundsätzlich am Wohn- oder Studienort ableisten.

In Zweifelsfällen bitte ich mir zu berichten.

Für den Bereich der Universität Osnabrück gilt die obenstehende Regelung auch für Erkundungen, die vor dem 01.05.1976 stattgefunden haben."

Der Senat hat sich am 4.8.76 ablehnend zu diesem Erlaß geäußert (SB 19/4).

**Berkufspraktische Ausbildung**

("440 Stunden-Erlaß")

Das MWK gab am 2.7.76 (107-1500/76) bekannt:

"In den Planungen für die einphasige Lehrerausbildung war - um die Vergleichbarkeit dieser Ausbildung mit der zweiphasigen Ausbildung zu gewährleisten - von vornherein vorgesehen, daß der Umfang der an Schulen stattfindenden berufspraktischen Ausbildung dem Umfang nach mindestens einem Ausbildungsjahr im Vor- bereitungsdienst der Ausbildung für das Lehramt an Gymnasien entsprechen hat. Nachdem mit dem Erlaß vom 12.1.1976 festgelegt worden ist, daß der Unterricht zu Ausbildungszwecken durchschnittlich 11 Halbjahreswochenstunden beträgt, ist in Dienstbesprechungen den Vertretern der Universität Oldenburg und Osnabrück mehrfach mitgeteilt worden, daß im Rahmen der einphasigen Lehrerausbildung die direkte berufspraktische Ausbildung in der Schule den Gesamtumfang von mindestens 440 Stun-

den Unterricht zu Ausbildungszwecken und den Umfang von 160 Stunden Unterricht in eigener Verantwortung nicht unter- schreiten darf. Ich bitte hiermit noch einmal, diese Mindestvoraussetzungen bei den Planungen unbedingt zu berücksich-
tigen."

**Mitwirkende Lehrer**

Nach einem Bericht des Vorsitzenden der GKL vom 3.5.76 gab das MWK am 16.8.76 (107-1546/76) bekannt:

"Der Herr Niedersächsische Kultusmi-

nister hat sich mit Erlaß vom 05.07.

1976 - 3033 - 1546/76 damit eincr

standen erklärt, daß in dem Umfang,

dem Kontaktlehrer zum 01.08.1976

nicht in der vorgesehenen Zahl be-

stellt werden können, für jeden nicht

bestellten Kontaktlehrer je drei mit-

wirkende Lehrer mit je drei Stunden

Anrechnung eingesetzt werden können. Die zuständigen oberen Schulbehörden sind benachrichtigt."

**Stopp der Einphasigen Lehrerausbildung**

Nach einer Dienstbesprechung mit Vertretern der Universität am 9.9.76 gab das MWK am 21.9.76 (107-1500/76) bekannt:

"Es hat sich gezeigt, daß die großen Schwierigkeiten bei der Durchführung der einphasigen Lehrerausbildung, insbesondere die Mängel in der Versorgung mit Kontaktlehrern in absehbarer Zeit nicht behoben werden können und deshalb als Konsequenz nur die Umstellung der einphasigen Lehrerausbildung gesehen werden kann. Das ist in der Besprechung im einzelnen dargelegt und erläutert worden. Daher sollen an der Universität Osnabrück die Studiengänge im Rahmen der einphasigen Lehrerausbildung aufgehoben und durch entsprechende Studiengänge im Rahmen der zweiphasigen Lehrerausbildung ersetzt werden.

Ab Wintersemester 1977/78 können dann nur noch Studienbewerber für Studiengänge im Rahmen der zweiphasigen Lehrerausbildung zugelassen werden. Studierende, die sich im Wintersemester

Die zweiphasige Lehrerausbildung an der Universität Osnabrück soll so angelegt werden, daß positive Erfahrungen, die bei der einphasigen Lehrerausbildung gesammelt worden sind, berücksichtigt werden können. Die Universität wird dazu um geeignete Vorschläge gebeten.

EIN Nachmeldetermin kann nicht angeboten werden, ein Rücktrittstermin ist jedoch vorzusehen.

2. Aufgrund der eingegangenen Meldungen teilt die Universität der oberen Schulbehörde ihren Bedarf an Ausbildungsplätzen mit unter Angabe a) der Namen der gemeldeten Studenten mit ihren Fächern und dem angestrebten Lehramt, b) der Namen der an dem Unterrichtsvorhaben beteiligten Kontaktlehrer und der Schule, an der diese tätig sind.

3. Die obere Schulbehörde meldet der Universität die Schulen, an denen für das geplante Unterrichtsvorhaben Ausbildungsmöglichkeiten bestehen. Sie gibt dabei an, wie viele Studenten in welchen Fächern und Stufen jeweils tätig werden können.

4. Die von der Schulbehörde mitgeteilten Ausbildungsmöglichkeiten werden in der Universität durch Aushang bekanntgegeben.

5. Die Studenten, die sich termingerecht für das Unterrichtsvorhaben angemeldet haben, bewerben sich jeweils für eine der angebotenen Ausbildungsmöglichkeiten.

6. Das Ergebnis dieser Bewerbungen wird als Sammelmeldung der Universität oder oberen Schulbehörde zugeleitet.

Die jeweiligen Meldefristen werden im Einvernehmen mit dem Kultusminister festgelegt.

II. Voraussetzungen für den Eintritt in den 3. Studienabschnitt


Die Erfolgsbescheinigungen weisen die erfolgreiche Teilnahme an einem Projekt oder einer wesentlichen Veranstaltung des 2. Studienabschnitts nach, die auf anderen Veranstaltungen aufbaut.
Mit dem Projekt oder der wesentlichen Veranstaltung ist in der Regel ein Unterrichtsvorhaben verbunden. In der Erfolgsbescheinigung werden besondere Leistungen, durch die der Erfolg festgestellt worden ist, zusätzlich aufgeführt (Referate u.ä.).

Die Erfolgsbescheinigung wird von einem für das Projekt oder die Veranstaltung verantwortlichen Leiter unterschrieben.

An die Stelle der Erfolgsbescheinigung in Erziehungswissenschaften kann der ausbildungsbegleitende Leistungsnachweis in Erziehungswissenschaft treten.

Es wird geprüft, ob die bestehende theoretisch-praktische Prüfung in Kunst, Musik oder Sport in Verbindung mit dem Nachweis eines erfolgreich absolvierten Unterrichtsvorhabens jeweils an die Stelle der Erfolgsbescheinigung in Kunst, Musik oder Sport treten kann.


Die Gesamtzahl von 440 Stunden Unterricht zu Ausbildungszwecken im Rahmen der berufspraktischen Ausbildung einschließlich des 3. Studienabschnitts darf auch während der o.g. Übergangszeit nicht überschritten werden.

III. Zweiphasige Lehrerausbildung an der Universität Osnabrück

Bei der Planung der zweiphasigen Lehrerausbildung an der Universität Osnabrück soll von folgenden Rahmenbedingungen ausgegangen werden:

1. Es werden Studiengänge eingerichtet für die Lehrämter mit dem Schwerpunkt

   Primarbereich,
   Sekundarbereich I,
   Sekundarbereich II.

   Dabei wird mit dem Lehramt für den Primarbereich auch die Lehrbefähigung für den Sekundarbereich I (vorwiegend Hauptschule), mit dem Lehramt für den Sekundarbereich II auch die Lehrbefähigung für den Sekundarbereich I (vorwiegend Gymnasium) erworben; Lehrer mit der Befähigung für das Lehramt für den Sekundarbereich I sollen vorwiegend an Realschulen unterrichten.

2. Die Regelstudienzeit beträgt für die Lehrämter mit dem Schwerpunkt Primarbereich oder Sekundarbereich I

   6 Semester,

   für das Lehramt mit dem Schwerpunkt Sekundarbereich II

   8 Semester.

3. Die Relation der Studienanteile Erziehungswissenschaften:

   1. Fach : 2. Fach ist

   für die Lehrämter für den Primarbereich und den Sekundarbereich I etwa wie 1 : 1 : 1,

   für das Lehramt für den Sekundarbereich II etwa wie 4 : 7 : 5.
Dabei ergeben sich aufgrund der höheren absoluten Stundenzahl in einzelnen Fächern Verschiebungen in den o.g. Relationen, wobei die absolute Stundenzahl für Erziehungswissenschaften konstant bleibt.

Fach ist als Fachwissenschaft und Fachdidaktik zu verstehen. In Erziehungswissenschaften sind auch Gesellschaftswissenschaften (mit etwa 30 %) einbezogen. Die Übergänge zwischen Fachwissenschaft - Fachdidaktik - Erziehungswissenschaften sind z.T. fließend.


In Fächern mit geringerem Selbststudienanteil und einem höheren Anteil an Studienveranstaltungen in der Hochschule ist eine höhere Semesterstundenzahl vorzusehen. Praktische Übungen wie z.B. Exkursionen oder Veranstaltungen, die der Einübung in technisch-praktische Fertigkeiten dienen, sind in diese Stundenzahlen nicht einbezogen.

Im übrigen sind die Studiengänge so zu planen, daß die für den erfolgreichen Abschluß des Studiums erforderlichen Lehrveranstaltungen innerhalb der zur Verfügung stehenden Zeit von jedem Studenten absolviert werden können.


8. Auf diesen Grundsätzen aufbauend werden neue Prüfungsordnungen erstellt.

Zu den unter I. - III. vorgesehenen Regelungen und ggf. zu den in der Anlage beigefügten Niederschriften der der Dienstgespräche über die Weiterführung der Lehrerausbildung an der Universität Osnabrück wird um Stellungnahme bis zum 10.01.1977, spätestens aber zum 15.01.1977 gebeten.

Der Senat der Universität hat am 12.1.77 zu I + II des Erlasses - Dritter Studienabschnitt - Stellung genommen (SB 25/1-6). Wegen starker Beanspruchung hat der Senat der Universität zu III. des Erlasses - Neue Zweiphasigkeit - erst am 26.1.77 Stellung genommen (SB 27/2-19).
Korrektur der Lehrauftragsrichtlinien